

INHALT

Erstes Kapitel

Einführung	14
A. Aktualität des Themas	14
B. Gang und Grenzen der Arbeit	17

Zweites Kapitel

Allgemeines zur Diversion	20
A. Begriff	20
B. Inhalt der Diversion	22
C. Justizielle Diversionsmodelle	30
D. Historische Entwicklung	38
E. Ziele der Diversion.....	46
F. Problemfelder	50
I. Mangel an Akzeptanz gegenüber „weichen Sanktionen“	50
II. Net Widening und Subsidiarität	56
III. Einheitliche Anwendung	62
IV. Polizeidiversion	65
1. Begriff	65
2. Inhalt der Polizeidiversion	66
3. Kompetenzgewinn als Gefahrenquelle	67
4. Eignung des Polizeibeamten	76
G. Fazit	80

Drittes Kapitel

Die Schleswig-Holsteinischen Richtlinien zur Förderung der Diversion bei jugendlichen und heranwachsenden Beschuldigten	81
A. Schleswig-Holsteins Diversionsrichtlinien in der Übersicht	81
I. Die aktuellen und die vorangegangenen Richtlinien im Vergleich	81
II. Präzisierung der aktuellen Richtlinien	88
III. Bisherige Evaluation	94
B. Diversion in anderen Bundesländern	98

Viertes Kapitel

Die Untersuchungsmittel	103
A. Allgemeines zu den Untersuchungsmitteln	103
B. Erfassungsbogen	104
C. Aktenanalyse	105
I. Aktenauswertung 2000	105
II. Aktenauswertung 1998	107
D. Befragungen	108

Fünftes Kapitel

Der Beschuldigte und seine Tat	112
A. Der Beschuldigte	112
I. Zur Person der Beschuldigten	112
1. Alter	112
2. Anteil von männlichen und weiblichen Beschuldigten	119
3. Erst-, Zweit- oder Dritttäter	120
4. Staatsangehörigkeit	124
5. Beeinflussbar oder „abgebrüht“	129
II. Zum Umfeld der Beschuldigten	137
1. Wohnsituation	137
2. Schulbildung	142
3. Freizeitgestaltung	144
III. Fazit	144

B. Bagatelldelinquenz	145
I. Delikte	145
1. Die Straftaten im Detail	146
2. Schwere der einzelnen Straftaten	149
II. Motivation	152
1. Spontan oder geplant	153
2. Anreiz zur Tat	154
C. Reaktionen außerhalb des behördlichen Verfahrens	159
I. Reaktionen Dritter	159
II. Sanktionsähnliche Maßnahmen	164

Sechstes Kapitel

Effektivität der praktischen Umsetzung	169
A. Veränderungen bei der Polizei und Staatsanwaltschaft	169
I. Einfluss auf die Polizei	169
1. Veränderungen im Verfahrensablauf	169
a) Der erste Zugriff	170
b) Anregungen vor Ort	172
c) Vernehmung	175
d) Erzieherisches Gespräch	177
e) Hilfsangebote	192
f) Telefonat mit der Staatsanwaltschaft	193
g) Die Anregung gegenüber dem Beschuldigten	200
h) Vermittlung und Überwachung von Arbeitsmaßnahmen	201
i) Einstellungsvorschlag	203
j) Austausch mit dem Jugendamt und der Jugendgerichtshilfe	206
k) Die Änderungen aus der Sicht des Polizeibeamten	209
2. Juristische und pädagogische Eignung des Polizeibeamten	213
3. Schulung des Polizeibeamten	225
4. Akzeptanz der Diversion	230
a) Akzeptanz beim Sachbearbeiter	230
b) Akzeptanz beim Umfeld	232

II. Einfluss auf die Staatsanwaltschaft	232
1. Veränderungen im Verfahrensablauf	233
a) Telefonat mit der Polizei	233
b) Einstellungsnachricht	236
c) Delegation von Aufgaben	238
d) Veränderungen bei der Verfahrenseinstellung	239
2. Schulung der Staatsanwälte	243
3. Akzeptanz der Diversion	243
III. Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei	246
B. Umsetzung der Ziele der Richtlinien	252
I. Wirksame Bekämpfung von Bagatellkriminalität	252
1. Individuelle Reaktion	252
2. Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung	253
II. Beschleunigung des Verfahrens	256
III. Förderung des Erziehungsgedankens	262
1. Erzieherische Maßnahmen	262
a) Die Null-Reaktion	262
b) Das erzieherische Gespräch	263
c) Die formlose Entschuldigung	264
d) Die sofortige Schadensregulierung	264
e) Die gemeinnützige Arbeitsleistung	264
f) Geldzahlungen	270
g) Schadensregulierung	270
h) Der Täter-Opfer-Ausgleich	271
i) Verkehrserziehung	275
2. Einbezug der Erziehungsberechtigten	276
3. Erzieherische Ausprägung der Einstellungsnachricht	283
4. Fazit bezüglich der Förderung des Erziehungsgedankens	283
IV. Weniger Stigmatisierung	283
1. Verhältnis § 153 StPO / § 45 I JGG	284
2. Geringst möglicher Eingriff	287
3. Vernetzung	290

V. Ökonomischeres Arbeiten	292
1. Einsparung von Finanzmitteln	293
2. Entlastung von Polizei und Staatsanwaltschaft.....	294
C. Fazit zur Effizienz der Richtlinien	296

Siebttes Kapitel

Rechtsstaatliche Bedenken gegen die Richtlinien und ihre

praktische Umsetzung	299
A. Kompetenzgewinn und Rechtsstaatlichkeit	299
I. Kompetenzgewinn der Polizeibeamten	300
II. Das erzieherische Gespräch	302
1. Vernehmung oder Sanktion	302
2. Erzieherisches Gespräch und Unschuldsvermutung	306
3. Notwendige Änderungen im Rahmen des erzieherischen Gesprächs	313
III. Die Anregungskompetenz	314
1. Verstoß gegen die Gewaltenteilung aufgrund der Anregungskompetenz	315
2. Die Unschuldsvermutung	327
IV. Die Vorprüfkompetenz	328
1. Vorhandensein einer Vorprüfkompetenz	328
2. Ausnutzen der Vorprüfkompetenz	330
V. Kompetenzgewinn = härteres Durchgreifen	335
B. Landesweite Gleichbehandlung	339
C. Schutz des Erziehungsrechts der Eltern	342
D. Fazit bezüglich der Bedenken zur Rechtsstaatlichkeit	344

Achtes Kapitel

Resümee	347
A. Der Beschuldigte: Kein Anlass zur Besorgnis	348
B. Kein Einbezug weiterer Personen in das Diversionsverfahren	349
C. Beibehalten von Bewährtem	350
D. Bessere Schulung	352
E. Weniger Stigmatisierung	352
F. Notwendige Änderungen der Richtlinien und ihrer praktischen Umsetzung	354
 Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder	 358
Literaturverzeichnis	363
 Anhang 1: Diversionsrichtlinien Schleswig-Holstein	 375
Anhang 2: Erfassungsbogen für die Polizeibefragung	383
Anhang 3: Erfassungsbogen für die Staatsanwaltsbefragung	389
Anhang 4: Erfassungsbogen für die Aktenauswertung	396
Anhang 5: Gesamtauswertung der Polizeibefragung	398
Anhang 6: Gesamtauswertung der Staatsanwaltsbefragung	406
Anhang 7: Gesamtauswertung der Diversionserfassungsbögen	412
Anhang 8: Gesamtauswertung der Akten 1. Halbjahr 2000	414
Anhang 9: Gesamtauswertung der Akten 1. Halbjahr 1998	438